

Reichswehrminister Dr. Gröner erscheint wieder im Saal und erklärt: Der Reichsaussenminister habe ihm erklärt, daß keinerlei außenpolitische Bedenken gegen den Bau des Panzerkreuzers vorhanden seien. Der Minister dankt dann der Marine, die durch ihr Auftreten im Auslande überall einen vorzüglichen Eindruck gemacht habe, und bittet, die Rate für den Panzerkreuzer zu bewilligen.

Es folgt die Einzelberatung des Ausschusses über die Lohmann-Untersuchung.

Abg. Heinig (Soz.): Wir werden den Anträgen des Haushaltsausschusses zustimmen, aber auch dem kommunistischen Antrag, die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstige Beteiligten in vollem Umfange regreßpflichtig zu machen.

Abg. Trevisanus (Dnati.): Ich weist darauf hin, daß diese Reichsregierung nur Untersuchungsrichter und Staatsanwalt sei, während die Angeklagten draußen sitzen. Das jetzige Kabinett habe lediglich die Hinterlassenschaft früherer Kabinette zu liquidieren. Die Verantwortung trage für die politische, staatsrechtliche Seite in vollem Umfange der ehemalige Reichswehrminister für die ersten beiden Gruppen der Lohmann-Untersuchungen. Vollkommene Aufklärung werde daher auch erst nach der Rückkehr Geßlers möglich sein. Erst durch die Unterschrift des Herrn Reinhold sei die weitere Beteiligung Lohmanns an den Millionenverlusten bei der Thöbus-Affäre möglich gewesen. (Hört, hört, rechts.) Die Thöbus-Bürgerschaft fehle auch in der Ende Dezember 1928 dem Haushaltsausschuß vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold streng vertraulich vorgelegten Bürgerschaftsnachweisung, obwohl die Vollständigkeit dieser Nachweisung unter schriftlich versichert wurde. (Erneutes Hört, hört, rechts.) Die persönliche Mafellosigkeit des Kapitäns Lohmann sei einwandfrei erwiesen. Es bleibe aber seine Verantwortlichkeit für die Millionenverluste. Die bisherige Kontrolle des Staats ist ungenügend.

Abg. Schnell (Komm.) nennt die Lohmann-Untersuchungen einen Teil der von der Reichsregierung durchgeführten geheimen Kriegsvorbereitungen. Der Redner fordert, daß die verantwortlichen Minister Lütke, Marx und Reinhold vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Weigmann (Z.): Aufs schärfste ist es zu verurteilen, daß der Reichsfinanzminister nicht auf Kontrolle bestanden hat, als er 1928 von den Dingen erfuhr.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt: Die Kommunisten hätten bei ihren Behauptungen von deutsch-englischen Geheimtätigkeiten gegen Rußland verschwiegen, daß Admiral Behne gleich nach seiner Entlassung aus dem Ministerium eine Reise durch Rußland unternahm: sie hätten auch nichts von den deutsch-russischen Flugzeugengeschäften gesagt. (Hört, hört; Unruhe b. d. Komm.) Der kommunistische Antrag, die verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof zu stellen, könne erst im Zusammenhang mit der Prüfung der Regreßpflicht erwogen werden.

Reichswehrminister Gröner: Auf Seiten der Regierung bestehen keine Bedenken gegen die Anträge des Haushaltsausschusses. Den Wünschen des Reichstages ist schon insofern Rechnung getragen worden, als ich die Abmilderung der Lohmann-Untersuchungen aus der Marine herausgenommen und mir unmittelbar unterstellt habe. Dabei ist die enge Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Rechnungshof gewährleistet.

Bei den Abstimmungen wird der Antrag auf Streichung der Mittel für das neue Panzerschiff gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einiger Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt. Nach Ablehnung der weiteren Streichungsanträge der Linken wird der Marine-Etat nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Die zur Deckung der Thöbus-Verpflichtungen in den Nachtragsetat eingestellten 7 Millionen werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. Die Ausschlußentscheidung in der Lohmann-Angelegenheit wird angenommen, nachdem der kommunistische Änderungsantrag (Regreßpflicht der verantwortlichen Minister) gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist.

Einkerbung des Verfassungsausschusses.

Berlin, 27. März. Das Reichskabinett hat heute beschlossen, den aufgrund der Entschliessungen der Länderkonferenz eingesetzten Ausschuh zur Beratung einer Verfassungsreform einzuberufen. Der Zusammentritt des Ausschusses soll nach Ostern erfolgen, wahrscheinlich Ende April, aber spätestens Anfang Mai.

Rein vorzeitiger Rücktritt des Reichskabinetts.

Berlin, 27. März. Gegenüber Kombinationen in der Wandelhalle des Reichstages wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß der Rücktritt des jetzigen Reichskabinetts erst nach dem Zusammentreten des neuen Reichstages und der Bildung einer neuen Reichsregierung erfolgen wird.

Eine bedenkliche Anregung.

Berlin, 27. März. Wie verlautet, soll sich das Reichskabinett bereits mit der Anregung einer Rundfunkverwendung für die Wahlagitatio befassen und zunächst den Reichsaussenminister beauftragt haben, darüber mit den Parteiführern Fühlung zu nehmen.

Eine Richtigeinstellung.

Berlin, 27. März. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach dem Bericht einer Berliner Zeitung hat der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern, Dr. Baerwolf, in einer Rede auf einer Kreisversammlung der Partei in Augsburg behauptet, der Reichsaussenminister habe aus Reichsmitteln große Geldbeträge hergegeben, um Einfluß auf eine bekannte süddeutsche Zeitung zu gewinnen. Es wird sogar die Frage gestellt, ob Geldmittel aus dem Geheimfonds des Auswärtigen Amtes hierfür entnommen worden seien. Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage. Aus amtlichen Fonds, einschließlich des Geheimfonds des Auswärtigen Amtes, sind für den angegebenen Zweck Geldmittel nicht aufgewendet worden. (Auch aus sonstigen Fonds nicht? C. B.)

Annahme der amerikanischen Hottenvorlage.

Washington, 27. März. Die Marinevorlage, die Ausgaben im Gesamtbetrag von 859 190 000 Dollar vorstellt, wurde heute vom Repräsentantenhaus angenommen. 48 Millionen Dollar sind für den Beginn des Baues von acht Zehntausendtonnen-Kreuzern und zweier Unterseebootsflotten bestimmt.

Washington, 27. März. Das Marineamt beschloß, neue Bauangebote für den Bau zweier Lenkflugschiffe auszuschreiben.

Lärm bei Eröffnung des polnischen Sejms.

Warschau, 27. März. Der neue Sejm wurde heute bei überfüllten Tribünen durch den Stellvertreter des abwesenden Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten Marschall Pilsudski eröffnet. Beim Erscheinen des Marschalls erfolgte von den Bänken der Kommunisten, der radikalen Ukrainer und der Polnischen Bauernpartei großer Lärm. Man hörte Rufe, wie „Nieder mit dem polnischen Faschismus!“ Auf Befehl des Marschalls erschien Staatspolizei im Saale und entfernte zwei Kommunisten, zwei Abgeordnete der Radikalen Bauernpartei Wyzwolenie und drei radikale ukrainische Abgeordnete. Als wieder Ruhe eingetreten war, verlas der Marschall eine Rundgebung des Staatspräsidenten an den neuen Sejm, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß er erfolgreiche und erspriessliche Tätigkeit für den Staat entfalten möge. Es erfolgte dann die Vereidigung der neugewählten Abgeordneten durch den Alterspräsidenten Poleski. Nach Beendigung der Vereidigung verlangte der Führer der Radikalen Bauernpartei in formaler Angelegenheit das Wort. Da ihm dies nicht erteilt wurde, entstand ein großer Lärm, so daß die Sitzung zeitweilig unterbrochen wurde.

Um 17 Uhr erfolgte die feierliche Eröffnung des Senates durch Pilsudski. Nach Vereidigung der neugewählten Senatoren schritt man zur Wahl des Senatsmarschalls. Mit 54 von 92 abgegebenen Stimmen wurde das Mitglied des Regierungsbundes, der Sozialist Senator Szymanski, zum Senatsmarschall gewählt. (Der Sozialist Arm in Arm mit dem „Faschisten“ Pilsudski, ein famoses Bild! C. B.)

Paris, 27. März. Der Befehlshaber der russischen Baltikumsflotte während des Krieges, Admiral Skałowsky, ist in Antibes, wo er als landwirtschaftlicher Arbeiter tätig war, gestorben.

London, 27. März. Der König hat den bisherigen Gesandten in Durazzo, William Seeds, zum Oberkommissar bei der Interalliierten Rheinland-Kommission ernannt.

Chicago, 27. März. Gestern Abend explodierten zwei Bomben vor den Wohnungen bekannter Politiker, verriet wurde jedoch niemand. Die erste Bombe traf das Haus von Senator Denison, das schwer beschädigt wurde. 15 Minuten später explodierte eine zweite Bombe in der offenen Vorhalle im Hause des Richters Swanson. In der letzten Zeit sind schon 4 ähnliche Anschläge auf die Wohnungen hoher Beamter verübt worden.

Nicht Staats-, sondern Selbsthilfe.

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten.

Rönigsberg i. Pr., 27. März. Bei der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Weiherede, in der er auch den gegen die Reichsbank erhobenen Vorwurf der „Zentralisationsmanie“ streifte. Keine Zentralisation im Deutschen Reich arbeite so dezentralisiert mit allen Wirtschaftskreisen wie die Reichsbank. Eine gesunde Landwirtschaft sei unerlässliche Grundlage für die gesamte deutsche Wirtschaft überhaupt. Es sei unmöglich, nur vom Industrieexport zu leben, es müsse ihn ein starker heimischer Markt stützen. Der Vorwurf, daß die Reichsbank die Landwirtschaft nicht genügend unterstütze, sei unbegründet. Wenn es irgend einem von uns schlecht geht, dann ruft er sofort: Der Staat muß helfen. Aber der Staat ist nichts, was über uns steht. Er ist nicht eine Macht, gegen die wir ankämpfen müssen. Wir alle sind der Staat, und anstatt immer gebannt auf den Staat, auf die Behörden zu sehen, sollten wir mehr den Begriff der Selbsthilfe und der Selbstverantwortung vorantreiben. Der Staat will erobert sein von jedem Einzelnen. Eine Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sei notwendig. Es sei aber zu befürchten, daß die Reorganisation von oben zu einem Mißerfolg führen werde. Von unten heraus müsse an einer Verbilligung und Verbesserung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gearbeitet werden. Der Staat dürfe nicht zu einer Einrichtung für Kosungener, Sozialrentner, Gewerkschaftsmitgliedern und dergl. werden.

Bei Nacht und Nebel.

Brüssel, 27. März. Die königliche Familie wird auf ihrer Reise nach Dänemark Brüssel am 15. April nachmittags 4 Uhr verlassen und nach einer nächtlichen Fahrt durch deutsches Gebiet am 16. April abends in Kopenhagen eintreffen.

Zunächst war der Plan erwogen worden, die Reise im Flugzeug zurückzulegen, damit ja nicht deutscher Boden berührt wird. Da die Luft keine Balken hat, kam man davon ab. Auf der sicheren Reise zu Lande müssen die Unversöhnlichen durch deutsches Gebiet fahren. Sie tun es bei Nacht und Nebel (wie die Brüsseler Mitteilung ausdrücklich betonen zu müssen glaubt), um ja das Land der Vöcher und diese selbst nicht zu sehen. Uns kann die Einstellung der Majestäten schnuppe sein, interessant ist nur, wie von oben her in der Fortdauer des Hofes das Beispiel gegeben wird. „C. B.“

Englisch-deutsche „Verständigung“.

London, 27. März. Im Unterhaus teilte der Kriegsminister auf eine Anfrage mit, daß bisher 690 Gefangene zwischen Soldaten der Rheinarmee und deutschen Frauen stattgefunden haben.

Düsseldorf, 27. März. Die Wahlkreisvertreterversammlung der Zentrumspartei hat zum Spitzenkandidaten der Zentrumspartei für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost Reichskanzler Dr. Marx proklamiert.

Die Wahlen in Frankreich.

Paris, 27. März. Die Kammerwahlen wurden auf den 22. April, der zweite Wahlgang wurde auf den 29. April festgesetzt.

Italiens Außenpolitik.

London, 28. März. In einer Unterredung mit dem Besitzer der „Daily Mail“ erklärte Mussolini: Italien hat einen schweren Kampf wirtschaftlicher Entwicklung vor sich, so daß es sich auswärtige Verwicklungen vorläufig nicht leisten kann. Ich habe friebliche Absichten bewiesen beim Abschluß des Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien, dem früheren Rivalen Italiens. Jugoslawien hat den Vertrag bis heute nicht ratifiziert, was bis zum Juli geschehen müßte. Aber selbst wenn keine Ratifikation erfolgt, besteht doch keine Gefahr eines Konfliktes. Italiens Beziehungen zu Jugoslawien werden die gleichen bleiben wie zu den andern Mächten, und da überbies beide Staaten Mitglieder des Völkerbundes sind, würden Mittel vorhanden sein, um mit der Gefahr eines eventuellen Konfliktes fertig zu werden.

Die ungarische Grenzfrage betreffend erklärte der Duce, „Die Ungarn sind eine ritterliche Nation, für die wir Achtung empfinden. Zwischen beiden Ländern besteht eine aufrichtige Freundschaft. Im Gegensatz zu Italien kann Ungarn keine festen, geographischen Grenzen haben, aber es könnte eine Rassengrenze besitzen. Der Brennerpaß bildet die natürliche geographische Grenze für Italien. Daß zufällig ungefähr 200 000 Menschen österreichischer Rasse auf der italienischen Seite dieser Grenzen leben, darf die Sicherheit und geographische Einheit eines 40 Millionen-volkes nicht schmälern.“

Mussolini fügte hinzu, die österreichischen Untertanen Italiens würden genau so behandelt wie die italienischen. Er sprach dann über die Kolonisationsaufgaben Italiens in Tripolis und der Chrenaita, die darauf abzielten, der nordafrikanischen Küste die Fruchtbarkeit wiederzugeben, die sie zur Zeit des alten Roms zur Kornkammer der Welt gemacht habe.

Berlin, 27. März. Zum Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine wurde Reichsminister a. D. Dr. Hermes gewählt.

Stettin, 27. März. Auf dem Gut Elshorwerder im Kreise Greifenhagen in Pommern wurde ein Waffenlager ausgehoben, das vier Maschinengewehre, drei Maschinenpistolen und eine große Menge von Eier- und Stielhandgranaten enthielt. Die Gutsherrin, die mit ihrem Ehemann in Scheidung lebt, hatte die Anzeige erstattet.

Weihen, 28. März. Die polnische Presse berichtet über einen Zwischenfall in Rößberg, wo es anlässlich einer Veranstaltung des polnischen Schulvereins zu scharfen Angriffen gegen Deutschland kam. Junge Burken sollen in das Lokal eingedrungen sein und mit den Polen Raufhändel aufgenommen haben. Die Polizei griff ein und nahm 24 Verhaftungen vor. Doch soll es sich nicht um Mitglieder einer Organisation handeln.

Moskau, 28. März. Die Gerichtsverhandlung gegen die verhafteten deutschen Ingenieure wird wahrscheinlich bereits am 15. April in Moskau stattfinden.

Vertliche Angelegenheiten.

Der Lohnstreit bei der Reichsbahn beigelegt.

Berlin, 27. März. Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wurde heute im Reichsarbeitsministerium zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn und den beteiligten Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, die sich im wesentlichen mit dem Schiedsspruch deckt, aber insofern darüber hinausgeht, als im Lohngebiet 3 und in der Lohngruppe V des Lohngebiets 2 die Söhe um je einen weiteren Pfennig erhöht wurden. Der Tarifvertrag soll bis zum 31. Januar 1929 Geltung haben.

Die Erschließung der Egrauer Tropfsteinhöhle.

Die Höhle eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges.

Am Montag fand die bergbauliche Untersuchung der Tropfsteinhöhle in Egrau durch Oberberggrat Dachmann-Fresberg und Prof. Dr. Heß von Wladiborff-Berlin statt. Die beiden Wissenschaftler kamen zu dem übereinstimmenden Urteil, daß die Höhle in ihren bisher zugänglich gemachten Teilen als sicher und ausbaufähig zu betrachten sei, und daß sich der Ausbau lohnen werde. Erfreulicherweise bietet die Egrauer Tropfsteinhöhle außer den üblichen, einige ganz hervorragende schöne Gebilde, die in ihrer Naturkraft und Plastik eine Anziehungskraft ersten Ranges sein würden. In dieser Hinsicht seien die wunderbaren Faltenwürfe, die durchsichtige Wandbehänge aufzuweisen, besonders zu werten. Solche Gebilde dürften in keiner anderen Tropfsteinhöhle Deutschlands vorhanden sein. Die Sehenswürdigkeit der Höhle werde durch das Vorhandensein ausgebreiteter Seengebilde, die teilweise unterirdische Kahnfahrten ermöglichten, außerordentlich erhöht.

Verorgungsprechtage in Aue.

Das Versorgungsamt Zwickau hält auch im Rechnungsjahr 1928 in derselben Weise wie bisher Versorgungsprechtage ab. Die Abhaltung findet statt: in Aue: 19. April, 10. Mai, 21. Juni, 19. Juli, 16. August, 20. September, 18. Oktober, 15. November, 20. Dezember 1928 und 17. Januar, 21. Februar, 14. März 1929. Sprechzeit im Stadthaus, Eingang Lessingstraße, 8.15 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags und 1.30 Uhr bis 4.30 Uhr nachm. Auskunft im Zimmer Nr. 12. Auf eine ärztliche Untersuchung können bei den Sprechtagen mit Sicherheit nur die Beschädigten rechnen, die vom Versorgungsamt bestellt sind. Wenn jemand an den Sprechtagen unterzucht sein will, ist dies mindestens 10 Tage vorher dem Versorgungsamt mitzuteilen. Nachricht, ob und zu welcher Zeit Untersuchung stattfinden kann, wird sodann erteilt.

Den Auskunftbegehrenden wird angeraten, ihr Erscheinen einige Tage vorher dem Versorgungsamt anzukündigen, damit die Akten zum Sprechtag mitgebracht werden können. Fahrkosten, Arbeitsverdienstausfall, Auslagen für Verpflegung werden sofort an Ort und Stelle erstattet, wenn Unterlagen zum Vorabungs schreiben dafür erbracht werden.